

# Konsequenzen von Ecopop für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) der Schweiz

## 1. Die Ecopop-Initiative

Am 30. November 2014 stimmen Volk und Kantone über die eidgenössische Volksinitiative Ecopop ab. Die im Jahr 2012 bei der Bundeskanzlei eingereichte Ecopop-Initiative wird von einem gleichnamigen Verein getragen.

Die Initiative reiht sich in das Gedankengut des britischen Gelehrten Thomas Malthus (1766 – 1834) ein. Demnach müsse das Bevölkerungswachstum mit verschiedenen Massnahmen begrenzt werden, um zu vermeiden, dass es zu einem Mangel an natürlichen Ressourcen kommt. Ecopop will das durch Einwanderung begründete Bevölkerungswachstum der Schweiz drastisch einschränken und gleichzeitig die Politik der Geburtenkontrolle in Entwicklungsländern fördern.

Sämtliche im Bundesparlament vertretenen politischen Parteien, die Schweizer Kantone, Wirtschafts- und Umweltverbände, Gewerkschaften und Hilfswerke lehnen diese Initiative ab. Der Initiativtext lautet wie folgt:

### **Eidgenössische Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»**

#### **Die Bundesverfassung<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:**

##### *Art. 73a (neu) Bevölkerungszahl*

<sup>1</sup> Der Bund strebt auf dem Gebiet der Schweiz eine **Einwohnerzahl auf einem Niveau an, auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind. Er unterstützt dieses Ziel auch in anderen Ländern**, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

<sup>2</sup> Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf **infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr** wachsen.

<sup>3</sup> Der Bund investiert **mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung**.

<sup>4</sup> Er darf keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen, die gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind.

#### **Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:**

##### *Art. 197 Ziff. 9<sup>e</sup> (neu)*

##### *9. Übergangsbestimmung zu Artikel 73a (Bevölkerungszahl)*

<sup>1</sup> **Nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände müssen völkerrechtliche Verträge, die den Zielen dieses Artikels widersprechen, schnellstmöglich angepasst werden, spätestens aber innert vier Jahren. Nötigenfalls sind die betreffenden Verträge zu kündigen.**

<sup>2</sup> Nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände darf die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz infolge Zuwanderung im ersten Kalenderjahr nicht um mehr als 0,6 Prozent und im zweiten Kalenderjahr nicht um mehr als 0,4 Prozent zunehmen. Ab diesem Zeitpunkt, und bis die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 73a in Kraft gesetzt wird, darf die ständige Wohnbevölkerung nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr zunehmen. Eine höhere Zunahme in den Jahren bis zur Inkraftsetzung der Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 73a muss innerhalb von fünf Jahren nach Inkraftsetzung dieser Ausführungsgesetzgebung ausgeglichen werden.

## 2. Die BFI-Institutionen sind für eine Positionierung legitimiert

Nach der am 9. Februar 2014 von Volk und Kantonen angenommenen Initiative «Gegen Masseneinwanderung» der Schweizerischen Volkspartei (SVP) hätte die Annahme der Ecopop-Initiative betreffend der Einwanderung schwerwiegende Konsequenzen für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in der Schweiz.

**Das Hauptziel von Ecopop ist es, die Zuwanderung von heute mehr als 1 Prozent auf einen fixen Wanderungssaldo von jährlich 0,2 Prozent zu begrenzen. In absoluten Zahlen ausgedrückt will Ecopop die jährliche Einwanderung von aktuell 70'000 bis 90'000 Personen (in den Jahren 2012 und 2013) zukünftig auf 17'000 bis 19'000 Personen beschränken.**

Würde diese Massnahme umgesetzt, hätte dies unabwendbare Konsequenzen für den BFI-Bereich:

- Der mit Ecopop vorgeschlagene sehr tiefe Wanderungssaldo würde ausreichen, um im Rahmen der internationalen und humanitären Verpflichtungen der Schweiz Flüchtlinge und heimkehrende Auslandschweizer aufzunehmen. **Es wäre aber nicht möglich, den Bedarf an qualifiziertem wissenschaftlichem Personal aus dem Ausland zu decken.** Heute stammen 39 Prozent des forschenden Personals in der Industrie aus dem Ausland, an den universitären Hochschulen beläuft sich deren Anteil auf 66 Prozent.
- **Das Abkommen über den freien Personenverkehr mit der Europäischen Union (EU)**, das nach der Annahme der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» schon ins Wanken geraten ist, **müsste von der Schweiz innert vier Jahren aufgelöst werden.** Den Schweizer Hochschulen wäre es nicht länger möglich, im Rekrutierungswettbewerb mit ihren europäischen Konkurrentinnen mitzuhalten, was ihre Exzellenz bedrohen würde. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen ist Voraussetzung für eine hohe Innovationsfähigkeit und damit für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.
- Wenn das Abkommen über die Personenfreizügigkeit in Frage gestellt wird, sind auch alle anderen sektoriellen Verträge mit der EU bedroht. **Die Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme für Bildung (Erasmus+) und Forschung (Horizon 2020) wäre nicht mehr länger das Ziel des Bundesrates, sondern nur noch eine Illusion.**
- **Ein Ja zu Ecopop wäre ein zusätzliches und definitives Signal der Abschottung gegenüber unseren europäischen Nachbarn und brächte die Schweizer Wissenschaftler in eine schwierige Situation.** Würde die Initiative mit grosser Mehrheit abgelehnt, könnte dies die harsche Botschaft an die Länder Europas durch die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative vom 9. Februar 2014 etwas relativieren.

Im Januar 2014 veröffentlichten die Institutionen des BFI-Bereichs ein [Manifest für einen offenen Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz](#). Darin warnen sie vor den Konsequenzen der Masseneinwanderungs-Initiative sowie auch vor den Konsequenzen von Ecopop. Dieses Manifest sowie die Ereignisse nach der Annahme der Initiative gegen Masseneinwanderung – Sistierung der Verhandlungen über die Assoziierung der Schweiz an Horizon 2020 und Erasmus+ – legitimieren die Hochschulen, das Wort zu ergreifen und die durch Ecopop drohenden Konsequenzen für den Schweizer Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort aufzuzeigen.

Sämtliche Verantwortlichen der BFI-Institutionen, vor allem die Hochschulen, sind eingeladen, alle Möglichkeiten für Stellungnahmen zu nutzen und die Botschaften zu den drohenden Konsequenzen im Falle einer Annahme zu verbreiten – sei es über externe oder interne Kommunikationskanäle, via die Medienarbeit oder bilaterale Kontakte. Wissenschaftliche Experten für Entwicklungszusammenarbeit sind ausserdem aufgerufen, zum zweiten Anliegen von Ecopop bezüglich der Geburtenkontrollen Stellung zu beziehen.

### 3. Grundlegende Argumente für den BFI-Bereich

Die Argumentation der Vertreter der BFI-Institutionen sollte sich auf die Konsequenzen für den gesamten Bereich konzentrieren. Zudem müssen die für Bildung, Forschung und Innovation notwendigen Rahmenbedingungen in Erinnerung gerufen werden:

1) **Ohne Weltoffenheit kann die Schweiz keine grosse Wissenschafts- und Innovationsnation sein.** Dafür ist sie zu klein und benötigt deshalb ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Mit einer Annahme der Ecopop-Initiative können die Hochschulen nicht mehr die besten Experten – unabhängig von deren Herkunft – anziehen.

- Mit dem von der Ecopop-Initiative beabsichtigten tiefen und gleichzeitig extrem starren Wanderungssaldo **wären die Hochschulen nicht mehr in der Lage, ihren Bedarf an qualifiziertem Personal zu decken.**
- **Ohne die besten Fachkräfte könnten die Hochschulen ihre hohe Kompetenz** in Bereichen wie der spezialisierten Medizin, in den Ingenieurs-, Natur- oder Rechtswissenschaften **nicht mehr aufrechterhalten.** Sie wären nicht mehr in der Lage, als Motor für Wirtschaft und Gesellschaft zu funktionieren.
- Ecopop ist mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU nicht vereinbar. Der freie Personenverkehr vereinfacht die Rekrutierung von spezialisiertem Personal in den Ländern Europas in hohem Mass. Ohne freien Personenverkehr und mit beschränkten **wären die Schweizer Hochschulen gegenüber der europäischen, aber auch gegenüber der amerikanischen oder asiatischen Konkurrenz, klar benachteiligt.**
- Ecopop würde verhindern, dass ausländische Studierende – insbesondere Doktorierende und Postdocs – sich an einer Schweizer Hochschule ausbilden können. Ohne die besten Studierenden aus dem Ausland (sie machen auf Stufe Doktorat 50 Prozent aus) hätten einige Doktoratsprogramme zu wenige Teilnehmende und müssten geschlossen werden. **Wirtschaft und Gesellschaft müssten in der Folge auf den direkten Zugang zu hochqualifiziertem Nachwuchs verzichten. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz würde geschwächt**
- **Der einheimische wissenschaftliche Nachwuchs wäre gezwungen, auf der Suche nach den besten Rahmenbedingungen das Land zu verlassen** und an Hochschulen zu arbeiten, die ihr Personal weltweit rekrutieren können.

2) Die Initiative gegen Masseneinwanderung hatte bereits sehr negative Auswirkungen auf die Hochschulen: Sie können sich nicht mehr vollständig am EU-Forschungsprogramm beteiligen und sind vom EU-Bildungsprogramm ausgeschlossen. **Die Abstimmung über Ecopop hätte noch gravierendere Auswirkungen für den BFI-Bereich zur Folge.**

- Mit Ecopop müsste der Bundesrat das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen. Dieser Vertrag ist für die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zentral. Die Auflösung würde bedeuten, dass sich **die Schweiz nicht mehr an den EU-Programmen für Bildung und Forschung assoziieren könnte.**
- Ohne Assoziierung am EU-Forschungsprogramm stünde die **Schweiz nicht mehr länger im Zentrum von grossen europaweiten Forschungsinitiativen, welche beispielsweise darauf abzielen, den negativen Einfluss der Menschheit auf die Umwelt zu verringern,** die Nahrungsmittelproduktion nachhaltiger und sicherer zu gestalten oder erneuerbare Energien zu entwickeln. Alleine kann die Wissenschaft in der Schweiz diese Herausforderungen nicht lösen.
- **Ecopop ist ein gezielter Angriff auf ein bewährtes Modell:** Die Schweizer Hochschulen fördern die Mobilität von Studierenden und Forschenden sowie die internationale Zusammenarbeit seit ihrer Gründung und dies im Auftrag von Bund und Kantonen.

#### 4. Spezifische Argumente für Fachhochschulen

Die Fachhochschulen können ausserdem folgende Aspekte betonen:

- **Die Fachhochschulen wären von der drastischen Einschränkung des Wanderungssaldos durch Ecopop direkt betroffen. Fast 30% ihrer Dozierenden und Forschenden stammt aus dem Ausland.** Ohne diesen Lehrkörper könnten sie ihren Auftrag von Bund und Kantonen – praxisorientierte Ingenieure, Informatiker oder Pflegepersonal auszubilden – nicht mehr länger wahrnehmen.
- Würde Ecopop angenommen, müsste das Abkommen über die Personenfreizügigkeit aufgelöst werden. **In der Folge wäre der Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften stark erschwert. Es bestünde das Risiko, dass die Bedürfnisse der Fachhochschulen hinter den Universitäten und ETH nur noch zweite Priorität hätten.**
- **Die Initiative gegen Masseneinwanderung hat direkte Folgen für die Forschungsaktivitäten an den Fachhochschulen und ihrer KMU-Partner; Die Annahme der Ecopop-Initiative könnte diese noch verschärfen.** Die Schweiz kann sich nicht direkt an den Programmteilen «Führende Rolle der Industrie» und «Gesellschaftliche Herausforderungen» des Europäischen Forschungsprogramms beteiligen. Das sind aber genau die Bereiche, in denen die Fachhochschulen und ihre Wirtschaftspartner (KMU) die meisten zusätzlichen Mittel erhalten. Zudem sind dies die Bereiche mit dem grössten Praxisbezug.

#### 5. Wissenschaftliche Überlegungen – Demographie, Umweltwissenschaft, Ethik und Entwicklungshilfe

Ecopop bezieht sich auf die Wissenschaft, um darauf aufmerksam zu machen, dass nicht alle natürlichen Ressourcen erneuerbar sind. Das ist zwar korrekt, doch sind die von den Initianten vorgeschlagenen Lösungen einseitig und wissenschaftlich nicht haltbar. Hier sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefordert.

- **Bis heute hatten alle staatlich veranlassten Massnahmen demographischer Kontrolle sehr negative Folgen für die Entwicklung der betroffenen Länder und die Lebensqualität der Bevölkerung.** Die jüngsten Beispiele sind China und Indien. Eine Beschränkung der Zuwanderung mag vielleicht einige Ressourcenprobleme lösen, sie schafft aber auch neue Probleme (Fachkräftemangel, Qualität der medizinischen Betreuung, Finanzierung der Sozialwerke).
- **Es ist falsch zu glauben, dass wir weniger Umweltprobleme haben, wenn weniger Menschen in der Schweiz leben.** Es ist notwendig, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, doch eine Begrenzung der Einwanderung in die Schweiz und der Geburten in Entwicklungsländern ändern nichts an der Klimaerwärmung oder an der Entwicklung erneuerbarer Energien. Eine begrenzte Einwanderung bedeutet ausserdem nicht zwingendermassen, dass die Zersiedelung in der Schweiz gebremst wird.
- **Es wäre widersprüchlich gegenüber der Politik der Schweizer Entwicklungshilfe, plötzlich mehr Ressourcen für die Geburtenkontrolle in Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen.** Die industrialisierten Länder müssen den Entwicklungsländern ermöglichen, selber über ihre Zukunft zu entscheiden anstatt sie bevormundend zu behandeln. Damit die Bevölkerung in Entwicklungsländern über eine eigene Zukunft verfügt, müssen wir uns für Frieden, gegen Armut und für Bildung einsetzen.

## 6. Aktivitäten, Zeitplan und Koordination

Die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE sowie die Verantwortlichen aller Schweizer Hochschulen sind aufgefordert, sich im Rahmen der Debatte über die Ecopop-Initiative zu positionieren und die Konsequenzen dieser Initiative für ihren öffentlichen Auftrag und für die von ihnen benötigten Rahmenbedingungen aufzuzeigen. Im Rahmen ihrer Autonomie sollen alle Institutionen ihre internen und externen Kommunikationsmassnahmen selber festlegen.

Auf eine gemeinsame Medienmitteilung der Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE wird bewusst verzichtet. Stattdessen soll das persönliche Engagement der Verantwortlichen der einzelnen Institutionen Vorrang haben. So können sie ihre bevorzugten Kommunikationsmassnahmen in ihrem Einflussgebiet einsetzen. Insbesondere Stellungnahmen in den internen Kommunikationskanälen der Institutionen sowie in der Presse – sei es mit schriftlichen Beiträgen (Meinung und Debatte) oder in Medieninterviews – sollen ins Auge gefasst werden. Sie sind zudem gebeten, die Experten in den besonders von Ecopop betroffenen Bereichen (Demographen, Spezialisten für Umweltfragen oder Entwicklungshilfe), zu Stellungnahmen bezüglich der Massnahmen der Initiative zu motivieren.

Jede Institution plant Massnahmen in den Medien innerhalb ihres Einflussgebiets (regional oder thematisch). Sollten sich diese Einflussgebiete zwischen zwei oder mehreren Institutionen überschneiden, können die Kommunikationsverantwortlichen ihre Massnahmen absprechen. Die Präsidenten der gemeinsamen Organisationen (CRUS, KFH, COHEP, SNF und Akademien der Wissenschaften) bedienen vorwiegend die nationalen Medien (öffentliches Radio und Fernsehen, Gratis- und Sonntagszeitungen) und koordinieren sich untereinander.

Die Kommunikationsmassnahmen sollten zwischen Anfang Oktober (interne Kommunikation) und Ende Oktober 2014 (externe Kommunikation) erfolgen. So soll sichergestellt werden, dass die Sensibilisierung erfolgt, bevor brieflich abgestimmt werden kann.

**Das Sekretariat des Netzwerks FUTURE (Xavier Pilloud, Matthias Meier) sowie die Koordinatorin Petra Studer stehen den Mitgliedern jederzeit zur Verfügung, sei es für Beratung, Unterstützung, Koordination oder Redaktionsarbeiten.**

Für weitere Informationen:

- Petra Studer, Netzwerk FUTURE, 031 351 88 46, [petra.studer@netzwerk-future.ch](mailto:petra.studer@netzwerk-future.ch)
- Xavier Pilloud, Netzwerk FUTURE, 031 351 88 46, [xavier.pilloud@netzwerk-future.ch](mailto:xavier.pilloud@netzwerk-future.ch)
- Matthias Meier, Netzwerk FUTURE, 031 351 88 46 [matthias.meier@netzwerk-future.ch](mailto:matthias.meier@netzwerk-future.ch)